

SPS auf den Weg zurück zur demokratischen Volkspartei. In der Schweiz hatte die Auseinandersetzung um die ideologische Ausrichtung der Gewerkschaften schon 1907 zur Gründung des Christlichsozialen Gewerkschaftsbundes - 1921 in «Christlichnationaler Gewerkschaftsbund» umbenannt - geführt. Diese Gründung war als Gegengewicht zum klassenkämpferisch ausgerichteten Schweizerischen Gewerkschaftsbund gedacht. 1919 gründeten die christlichsozialen Organisationen aus Protest gegen den Landesstreik von 1918 den christlichsozialen Arbeiterbund. Vor dem Hintergrund dieser ideologischen Divergenzen sind die Richtlinien zu sehen, die im bischöflichen Bettagschreiben von 1920 aufgestellt wurden. Die Grundsätze dieses Schreibens, welches auch in Liechtenstein von allen Kanzeln verlesen wurde, lauteten:

«1. Wer zum Sozialismus als System, zu seinen Grundanschauungen und Hauptzielen sich offen bekennt, oder wer offen für die sozialistische Sache kämpft und wirbt, entbehrt, solange er in dieser Gesinnung unbelehrbar verharren will und verharrt, derjenigen Vorbedingung, welche zum würdigen Empfang eines Sakramentes unerlässlich ist.

2. Wer glaubt, aus schwerwiegenden Gründen gezwungen zu sein, einem sozialistischen Verbands anzugehören, ohne dass er zum Sozialismus als System sich bekennt oder für die sozialistische Sache wirkt (agiert), der hat sich darüber mit seinem Pfarramte zu verständigen.

3. Wird vom Pfarramte ein vorläufiges Verbleiben als duldbar erklärt, so ist unterdessen al-

les zu tun und zu meiden – hauptsächlich in Bezug auf sozialistische Presseerzeugnisse – damit für ihn oder andere keine schweren Gefahren der Seele erwachsen.»

Im Oktober 1920 unternahmen Geistliche in Liechtenstein – sicherlich bestärkt durch das Schreiben der schweizerischen Bischöfe – nochmals den Versuch, eine christlich-soziale Arbeitervereinigung ins Leben zu rufen. Pfarrer Franz von Reding von Triesenberg hielt in mehreren Gemeinden des Landes Versammlungen «zwecks Gründung eines christlich-sozialen Arbeitervereins» ab. Darüber entspann sich in den Ortssektionen und in den beiden Landeszeitungen nochmals eine scharf geführte Diskussion um die Frage der Mitgliedschaft bei sozialdemokratischen Gewerkschaften der Schweiz. Während den Sympathisanten dieser Idee «Liebäugeln mit dem Bolschewismus und mit Moskau» vorgeworfen wurde und der Sozialismus als eine «Verankerung des steten Unfriedens und ein offenes Auftreten gegen den Fürsten» gedeutet wurde, begründete die andere Seite ihre Entscheidung mit der wirtschaftlichen Zwangslage, in der die liechtensteinischen Arbeiter sich befänden. Dies betraf vorwiegend die Bauarbeiter, weshalb diese Sektion des liechtensteinischen Arbeiterverbandes auch beschloss, sich der schweizerischen Bauarbeitergewerkschaft anzuschliessen. Ängste wurden aber auch von Seiten des Arbeitervereines geschürt. Es wurde mit der Drohung argumentiert, die schweizerischen sozialdemokratischen Verbände würden auf die Arbeiter, die einem christlichen Verband angehörten, Druck ausüben, ja eventuell sogar Aussperrungen vornehmen.